



INTERVIEW

Breitner: Werde mich für die Polizei mächtig ins Zeug legen

Kiel/tgr – Mit seiner Vereidigung als Innenminister hat Andreas Breitner in Schleswig-Holstein Geschichte geschrieben. Der 45-Jährige ist der erste ehemalige Polizeibeamte, der auf dem Chefsessel des Innenministeriums Platz genommen hat (siehe auch Artikel S. 3). DP-Landesredakteur Thomas Gründemann sprach mit dem obersten Dienstherrn der Landespolizei.

Welche Bedeutung hat die Ernennung zum Innenminister für Sie persönlich? Welche Eindrücke haben Sie bislang gewinnen können?

Andreas Breitner:

Die Ernennung zum Innenminister hat für mich eine hohe Bedeutung. Ich war gerne und leidenschaftlich Bürgermeister. Aber nach neun Jahren und mit Mitte 40 war es für mich der richtige Zeitpunkt, beruflich etwas Neues zu machen. Die Gelegenheit, das Innenressort zu leiten, ist natürlich eine große Herausforderung. Meine ersten Eindrücke sind sehr positiv. Ich begegne im Innenministerium vertrauten und kompetenten Mitarbeitern. Und in der Polizei fällt mir positiv auf, mit welcher Offenheit Polizeibeamte mir begegnen. Es hilft mir bei Entscheidungen, wenn ich direkt und ungefiltert Informationen erhalte.

Sie waren selbst Polizeibeamter. Und nun sind Sie als Innenminister oberster Dienstherr der Polizei? Was ist das für ein Gefühl? Gibt es Interessenkonflikte? Welche Eindrücke haben Sie nach der kurzen Zeit im Amt und ersten Begegnungen mit Polizeibeamtinnen und -beamten bereits gewinnen können? Und was haben die Beschäftigten der Landespolizei von Ihnen zu erwarten? Und vor allem: Warum sollten diese Ihnen vertrauen?

Andreas Breitner:

Ich war 16 Jahre Polizeivollzugsbeamter. Die langjährige Erfahrung bedeutet jedoch nicht, dass ich mir anmaße, alles über die Polizei zu wissen. Es war zwar ei-



Nachdenklich: Der neue Innenminister Andreas Breitner. Foto: Gründemann

ne lange Phase als Polizeivollzugsbeamter, aber ich habe dabei auch nur Teilbereiche kennengelernt. Hinzu kommt, dass sich die Landespolizei in den zehn Jahren seit meinem Ausscheiden weiter fortentwickelt und modernisiert hat. Der Vorteil meiner beruflichen Vergangenheit ist jedoch, dass ich weiß, was Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte empfinden und fühlen. Ich kenne mich zudem in ihrer Sprache noch gut aus. Bei meinen vielen Dienststellenbesuchen begegne ich früheren Kolleginnen und Kollegen. Das empfinde ich als sehr angenehm. Als Innenminister werde ich alles versuchen, um der Landespolizei die Anerkennung und Wertschätzung zu geben, die sie aufgrund ihrer schweren Aufgabe verdient. Ich vertraue der Landespolizei und setze darauf, dass sie auch mir vertraut!

Ihre Amtsvorgänger hatten in der Landespolizei hohes Ansehen. So haben sie dafür gestanden, den aktuellen Personalbestand der Landespolizei zu erhalten. Kann die Landespolizei da auch auf einen Innenminister Andreas Breitner bauen? Sie haben angekündigt, dass im „klassischen operativen Dienst“ keine

Zur Person Andreas Breitner

Kiel/tgr – Mit der Amtseinführung im Juni kehrte Andreas Breitner (45) an seine alte Wirkungsstätte zurück. Von 2000 bis 2003 war der Sozialdemokrat als Polizeihauptkommissar persönlicher Referent des ehemaligen Innenministers Klaus Buß.

Als Breitner an die Seite von Buß wechselte, war er zuvor zehn Jahre in verschiedenen Polizeidienststellen tätig; leitete zuletzt die Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle in Kiel. Vor der Übernahme des Ministeramts als Innenminister im Kabinett von Ministerpräsident Torsten Albig war der gebürtige Kieler neun Jahre Bürgermeister von Rendsburg. Andreas Breitners Ehefrau Anke ist ebenfalls Polizistin, betreut derzeit jedoch in Elternzeit die drei Kinder.

Stellen abgebaut würden. Was heißt das denn konkret?

Andreas Breitner:

Der entscheidende Satz dazu steht im Koalitionsvertrag: „Effizienzgewinne sollen in der Landespolizei bleiben“. Sie sollen dann vorrangig eingesetzt werden, um den klassisch operativen Dienst, also den Streifen- und Ermittlungsdienst, zu stärken. Die Landesregierung wird die Landespolizei nicht neu erfinden, denn sie ist insgesamt gut aufgestellt. Das schließt Reformen an der einen oder anderen Stelle nicht aus. Denn jede Organisation muss sich stets neuen Herausforderungen anpassen. Dazu gehört beispielsweise die Überwindung von Doppelstrukturen und Doppelarbeit, wie es sie zum Beispiel zwischen dem Landespolizeiamt und der Po-

Fortsetzung auf Seite 2



INTERVIEW

Fortsetzung von Seite 1

lizeiabteilung im Innenministerium in den Bereichen Personal und des polizeilichen Aufgabenvollzugs derzeit noch gibt.

Was macht Andreas Breitner in Sachen Personalstruktur? Dürfen die Beamtinnen und Beamten auf eine Fortsetzung des Weges von Klaus Schlie und damit auf Verbesserungen bei Beförderungen und Strukturen setzen? Wie sehen die konkreten Beförderungsplanungen zum 1. Januar 2012 aus?

Andreas Breitner:

Ich kann dazu derzeit keine konkreten Zusagen machen. Jedoch werde ich mich bei den anstehenden Haushaltsberatungen mächtig ins Zeug legen, um die in den vergangenen Jahren eingeleiteten Schritte fortzusetzen. Dafür gibt es gute Argumente. Wer anerkannt gute Arbeit leistet, der

hat auch einen Anspruch auf eine verlässliche Beförderungsperspektive.

Wie stehen Sie zu Organisationsveränderungen? Was sollte verändert werden, mit welchem Ziel und in welchem Zeitraster?

Andreas Breitner:

Ich komme nicht mit fertigen Lösungen auf Probleme, die ich noch nicht kenne. Notwendige Organisationsveränderungen möchte ich zusammen mit der Landespolizei erarbeiten. Ich setze auf den Rat, die Erfahrung und das Fachwissen der Polizeibeamtinnen und -beamten. Auch dazu dienen meine Dienststellenbesuche und die Begegnungen mit ihnen.

Welche Bedeutung hat für Sie als Innenminister die Gewerkschaft der Polizei?

Andreas Breitner:

Eine sehr hohe. Nicht ohne Grund bin ich seit fast 25 Jahren Mitglied der GdP und meine Frau seit 20 Jahren. Insofern weiß ich, was die Landespolizei an einer guten Interessenvertretung hat. Genauso bewerte ich deren Einsatz für die Landespolizei. Ich freue mich auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der GdP. Gewerkschaften sind für mich keine Gegner, sondern sachkundige Dialogpartner. Gerade die GdP hat immer wieder bewiesen, dass sie die Interessen ihrer Mitglieder wirkungsvoll vertritt und gleichzeitig die übergeordneten Notwendigkeiten für die

innere Sicherheit nicht nur akzeptiert, sondern dafür auch mit Nachdruck eintritt.

Zu Ihrem Koalitionspartner: Während der SSW durchaus an den Problemen der Landespolizei und ihrer Beschäftigten interessiert ist, gibt es bei Bündnis 90/Die Grünen auch im Jahre 2012 offenbar noch immer das Klischee „vom leidenschaftlich auf harmlose Demonstranten einprügelnden Polizisten, der zudem die Aufmärsche von Neonazis schützt“. Die Forderungen nach der Kennzeichnung von Polizisten in geschlossenen Einsätzen passen da ins Bild. Wie wollen Sie damit umgehen, einerseits selbst Polizist gewesen und nun oberster Dienstherr der Polizei zu sein und andererseits sich mit einem der Polizei misstrauenden Koalitionspartner auseinandersetzen zu müssen.

Andreas Breitner:

Misstrauen entsteht häufig aus einem Mangel an Wissen und Einblick. Jeder, der ideologisch unvoreingenommen zuhören, sehen und lernen will, kann zu der Überzeugung gelangen, dass unsere Polizei die Versammlungs- und Meinungsfreiheit schützt und verteidigt. Die Gefahren für die Versammlungsfreiheit gehen von jenen aus, die – aus welcher politischen Richtung auch immer – andere bei der Ausübung ihres Grundrechts hindern wollen. Was an Versammlungen erlaubt ist, bestimmt unsere Rechtsordnung, sonst niemand. Und die Polizei setzt das Recht durch. Das mag sich noch nicht überall und bei jedem herumgesprochen haben. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, scheue aber auch keinen politischen Konflikt in dieser Frage.

Warum haben Sie das für die Polizei so sensible und emotionsgeladene Thema „Kennzeichnung“ nach so wenigen Tagen Ihrer Amtszeit so vehement und öffentlich vorangetrieben?

Andreas Breitner:

Das Thema war bereits öffentlich und wurde auch schon kontrovers diskutiert. Es ist keine Herzensangelegenheit von mir, sondern koalitionspolitische Pflicht, die ich vertragstreue erfüllen, von der ich mich aber auch nicht distanzieren. Ich sehe in der anonymisierten Nummerierung von Polizeibeamten in geschlossenen Einsätzen kein Misstrauensvotum gegen die Polizei, sondern Teil jener Transparenz, die sich durch alle Bereiche staatlichen Handelns ziehen muss. Unsere Polizei in Schleswig-Holstein muss diese Offenheit nicht fürchten, denn sie arbeitet rechtsstaatlich und hoch professionell. Die Menschen in unserem Land haben allen

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 9/2012:
Donnerstag, 9. August 2012



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Schleswig-Holstein**

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GmbH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497



Werbend: Bei einem Besuch in der PD AFB Eutin unterstrich Andreas Breitner seine Entschlossenheit, die Nummernkennzeichnung von Polizeibeamtinnen und -beamten bei geschlossenen Einsätzen einzuführen.

Foto: Achim Krauskopf, Ostholsteiner Anzeiger (SHZ)



INTERVIEW

Grund, ihrer Polizei zu vertrauen und stolz auf sie zu sein. Die Landesregierung wird diese feste Verbindung weiter ausbauen. Ich weiß, dass die Nummernkennzeichnung von vielen ein gehöriges Stück emotionaler Überwindung verlangt. Aber ich bin mir sicher, dass die große Mehrheit der Beamtinnen und Beamten mit der anonymen Kennzeichnung ihren Frieden schließen wird. Ich bin überzeugt, dass diese keine nachteiligen Auswirkungen auf ihre Arbeit haben wird. Und diejenigen, die damit die heimliche Hoffnung verbinden, der Polizei besser am Zeug flicken zu können, werden enttäuscht werden. Eines ist mir klar: Der objektiv-rationale Kerngehalt des Themas rechtfertigt keine monate- oder gar jahrelange Debatte. Andererseits wird es bei der Einführung auch kein Hau-Ruck-Verfahren geben, sondern eine ordentliche Beratung

und Beteiligung der dafür erforderlichen Gremien. Aus meiner Sicht gibt es wichtigere und größere Baustellen in der Landespolizei. Das konnte ich bereits in vielen Gesprächen mit Polizeibeamtinnen und -beamten in Dienststellen vor Ort erfahren. Die Probleme heißen Einsatzbelastung, Überstunden, Nachwuchsgewinnung und Überalterung sowie Ausstattung und verlässliche Berufs- und Beförderungsperspektiven für Frauen und Männer, die in einem der schwierigsten Berufe unserer Gesellschaft anerkannt gute Arbeit, vor allem auch in geschlossenen Einsätzen, leisten. Deshalb werde ich beispielsweise verstärkt prüfen, welche Anpassungen etwa bei der Erschwerniszulage notwendig und möglich sind.

Ehrlich gefragt: Von welchem deutschen Innenpolitiker wollen Sie sich am

deutlichsten abgrenzen und welchem fühlen Sie sich am nächsten? Und welchen Landespolitiker sehen Sie als Ihren Gegenspieler an?

Andreas Breitner:

Ehrlich geantwortet: Das Spiel ist viel zu kurz im Gange, um Gegenspieler zu erkennen. Da brauche ich noch Zeit. Meine Erfahrungen aus meiner Zeit als Bürgermeister von Rendsburg haben mir gezeigt, dass die Gegenspieler von heute oft die Verbündeten von morgen sein können und umgekehrt. Man muss sich von Thema zu Thema seine Unterstützer suchen, und wenn man dabei ohne ideologische Scheuklappen, pragmatisch und an der Sache orientiert arbeitet, findet man diese Menschen in allen Parteien, Verbänden, Gewerkschaften und vor allem in der breiten Bevölkerung.

KOMMENTAR**Nummernkennzeichnung kommt zur Unzeit**

Grünen bedienen ihr Klientel – ein Kommentar von Oliver Malchow

Nun haben sie sich doch durchgesetzt, die Politiker von Bündnis 90/Die Grünen. In Schleswig-Holstein soll die Nummernkennzeichnung für Polizeibeamtinnen und -beamte bei geschlossenen Einsätzen umgesetzt werden. Überraschend hat der neue Innenminister Andreas Breitner nur wenige Tage nach seiner Amtsübernahme die Flucht nach vorne angetreten und die Einführung öffentlich angekündigt. Damit setzt der sozialdemokratische Innenminister die in den Koalitionsverhandlungen von den Grünen durchgesetzte Forderung um. Der frühe Zeitpunkt nach Amtsübernahme und das energische Vorgehen des Innenministers überrascht jedoch. Die GdP hat die beabsichtigte Umsetzung kritisiert und wird sich auch weiterhin gegen die „Zwangskennzeichnung“ wenden.

Nach wie vor werden keine Beispiele genannt, die ein solches Vorgehen der Landesregierung nur ansatzweise rechtfertigen. Mit Sorge sehen wir die mit der „Zwangskennzeichnung“ einhergehenden Gefahren für die Kolleginnen und Kollegen in der Landespolizei. Jedoch wird für uns immer deutlicher, dass die Grünen der SPD die Pistole auf die Brust gesetzt und die Bildung einer gemeinsa-



Skeptisch: Oliver Malchow zeigt sich besorgt über mögliche Folgen der Nummernkennzeichnung.

men Regierung von der Einführung abhängig gemacht haben. Denn bei einem Landesparteitag der Sozialdemokraten unmittelbar vor der Landtagswahl hatten

sich die Genossen noch mehrheitlich gegen die Kennzeichnung ausgesprochen. Und die Grünen bedienen mit der erzwungenen Nummernkennzeichnung offenbar ihre Klientel. Der Hinweis von Robert Habeck und Co., dass es ihnen lediglich darum gehe, rechtsstaatliches Handeln der Polizei sicherzustellen, erweist sich zusehends als Alibi-Argumentation. Dagegen wird augenfällig, dass es den „Grünen“ eigentlich vornehmlich um eine individuelle Nummernkennzeichnung von Polizeibeamtinnen und -beamten „bei Versammlungen“ (Demonstrationen) geht, beispielsweise wie bei den jährlichen Rechts-Links-Auseinandersetzungen in Lübeck. Zu den geschlossenen Einsätzen gehören unter anderem aber auch die heiklen „Rocker-Einsätze“. Um sich auszumalen, was es bedeutet, wenn die bei derartigen Einsätzen eingesetzten Kolleginnen und Kollegen über die Nummernkennzeichnung dem organisierten gewalttätigen Klientel aus dem Bereich der Schwerstkriminalität namentlich bekannt werden, bedarf es nun wirklich nicht viel Fantasie. Von daher überrascht es auch nicht, dass bei den

Fortsetzung auf Seite 4



KOMMENTAR

Fortsetzung von Seite 3

Kolleginnen und Kollegen und deren Vorgesetzten Emotionen freigesetzt werden. Das hat nicht nur mit dem Misstrauen zu tun, das die Verantwortlichen der neuen Landesregierung mit ihrem Vorhaben der uniformierten Polizei aussprechen. Nein, die Einführung der Nummernkennzeichnung kommt zur Unzeit. Schließlich wird in vielfältiger Art und Weise verstärkt Gewalt gegen Polizeibe-

amate registriert. Da ist es schon nicht mehr vermittelbar, warum nun der Spieß umgedreht werden soll und so die Kolleginnen und Kollegen und ihre Familien ohne Not möglicherweise weiteren oder neuen Gefährdungen ausgesetzt werden. Und wer tatsächlich glaubt, dass die individuelle Nummer zur Deeskalation in Konfliktsituationen beitragen könne, zeigt sich weltfremd. Von daher ist es für die GdP auch unverständlich, dass gerade der neue Innenminister und ehemalige

Polizist in der TAZ zitiert wird, dass er „mit Überzeugung hinter der Forderung nach der Nummernkennzeichnung stehe, weil sich niemand vor Transparenz fürchten muss“.

Bei seinem Plan, die Einführung der individuellen Nummernkennzeichnung sogar spätestens bis zum Jahresende realisieren zu wollen, darf Andreas Breitner aber nicht ernsthaft auf Unterstützung durch die GdP hoffen.

LANDESRECHNUNGSHOF

Ministerium: Unfallzahlen mit Dienst-Kfz sind rückläufig

Kiel – In der letzten Ausgabe stellte das DP-Landesjournal Fragen des Landesrechnungshofs (LRH) zum Kfz-Bestand und zur Wirtschaftlichkeit der Wartung sowie die Antworten des Innenministeriums vor. Im zweiten Teil geht es in dieser Ausgabe um Fragen des Landesrechnungshofes zum Bestand der Tankstellen und zu Unfällen mit Dienstkraftfahrzeugen. Das DP-Landesjournal stellt die LRH-Fragen und Antworten des Ministeriums vor:

LRH: Braucht die Landespolizei eigene Tankstellen?

Die Fahrzeuge der Landespolizei werden an gewerblichen und polizeieigenen Tankstellen betankt. Bis 1996 hatte die Landespolizei noch 22 eigene Tankstellen. Heute gibt es noch zwei, eine am Polizeizentrum Eichhof in Kiel und eine bei der PD AFB in Eutin. Braucht die Landespolizei überhaupt noch eigene Tankstellen? Die Kraftstoffversorgung durch gewerbliche Tankstellen ist gesichert und ausreichend. Die nicht im Nahbereich von Kiel und Eutin gelegenen Polizeibehörden und -dienststellen tanken grundsätzlich hier. Die Landespolizei hält es für erforderlich, die polizeieigene Tankstelle in Eutin zu erhalten. Hier ist die schleswig-holsteinische Bereitschaftspolizei stationiert, die mit vielen und besonderen Fahrzeugen zu geschlossenen Einsätzen ausrückt, wie z. B. mit Wasserwerfern. Das Tanken an gewerblichen Tankstellen würde deutlich mehr Arbeitszeit kosten als an der eigenen Tankstelle. Die

mitfahrenden Einsatzkräfte könnten die Wartezeit nicht anderweitig nutzen. Der LRH hält diese Begründung für plausibel. Die Tankstelle sollte – sofern sich die Rahmenbedingungen nicht verändern – erhalten bleiben. Hingegen sollte die Tankstelle in Kiel außer Betrieb genom-

men werden. Sie bietet keinen wirtschaftlichen Vorteil. Dem günstigeren Einkaufspreis für Kraftstoff sind der entstehende Verwaltungsaufwand, die Betriebskosten sowie die Ausgaben für Instandhaltung, Wartung und Reparatur entgegenzusetzen. Diese Ausgaben werden den Preisvorteil mehr als ausgleichen.

Das Ministerium: Bei der Schließung der Tankstelle in Kiel sind die taktischen Belange der Spezialeinheiten zu berücksichtigen. Die Tankstelle wird geschlossen werden, wenn größere Ausgaben für den Weiterbetrieb anstehen und alternative Lösungen für die Betankung der Fahrzeuge der Spezialeinheiten gefunden worden sind, die den taktischen Bedürfnissen hinreichend entsprechen.



Tankstelle Eutin Fotos (2): Gründemann



Tankstelle Kiel

**Kostenpunkt:
Unfälle mit Dienst-Kfz**

Jährlich gibt es ca. 450 Verkehrsunfälle mit Dienstfahrzeugen der Landespolizei. Für die Beseitigung der Unfallschäden an ihren Kraftfahrzeugen gab sie in den letzten 5 Jahren durchschnittlich pro Jahr 760 000 Euro aus. Das Innenministerium sollte die von einer Arbeitsgruppe vorgeschlagenen Maßnahmen zur Reduzierung von Unfallschäden auf ihre Umsetzbarkeit überprüfen. Innenministerium und LPA sollten bei der Frage, ob eine Inregressnahme bei grob fahrlässigem Verhalten von Polizeibeamten im Stra-



LANDESRECHNUNGSHOF

ßenverkehr in Betracht kommt, ihren Maßstab überprüfen.

Das Ministerium: Die Unfallzahlen mit Dienst-Kfz sind seit 2008 (586 VU) rückläufig, 2009 (556), 2010 (529) und 2011 (429). Die abnehmenden Unfallzahlen betreffen sowohl die Gesamtzahl als auch die Verkehrsunfälle unter Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten. Weitere Maßnahmen zur Reduzierung von Unfallschäden befinden sich in der Umsetzung.

In den letzten fünf Jahren hat das LPA 380 Anzahl an Regressprüfungen in Fällen von Verkehrsunfällen ohne Fremdbeteiligung vorgenommen.

Bis heute ist in keinem Fall ein Polizeibeamter bei einem Unfall mit einem Dienstkraftfahrzeug ohne Fremdbeteiligung in Regress genommen worden. Nach Aussage des Innenministeriums hätte in keinem Fall grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen werden können. Der LRH findet es bemerkenswert, dass in keinem Fall eine grobe Fahrlässigkeit des Fahrzeugführers bejaht worden ist. Der LRH fordert Innenministerium und LPA auf, den Prüfungsmaßstab zu überprüfen.

Dem widerspricht das Innenministerium: Der angewendete Prüfungsmaßstab entspricht den rechtlichen Vorgaben.

Thomas Gründemann

**Schlüssel vergessen –
Spende erhalten**

Seinen Autoschlüssel vergaß ein Kraftfahrer aus der Umgebung von Kiel an seinem Fahrzeug. Von außen. Ein zufällig Streife laufender Polizeibeamter entdeckte den Zündschlüssel an der Tür. Er sicherte Fahrzeug und Schlüssel und klebte einen Zettel an die Windschutzscheibe. Erleichtert rief der Kraftfahrer bei der angegebenen Dienststellennummer an. Als er sich mit einem 50-€-Schein erkenntlich zeigen wollte, winkte der Beamte ab: „Die Annahme von Belohnungen und Geschenken ist verboten.“ Aber: Er wies auf den Hilfs- und Unterstützungsfonds hin. Dieser konnte einige Tage später eine Spende von 50 € verbuchen. Gut gemacht, Kollege!

AUS DER RECHTSPRECHUNG**Fotografierverbot von Polizeibeamten des
Spezialeinsatzkommandos rechtswidrig**

LEIPZIG – Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat heute entschieden, dass ein von der Polizei gegenüber Mitarbeitern einer Zeitung ausgesprochenes Verbot rechtswidrig war, Polizeibeamte des Spezialeinsatzkommandos während eines Einsatzes zu fotografieren.

Beamte des Spezialeinsatzkommandos der Polizei waren beauftragt, den der gewerbsmäßigen Geldwäsche beschuldigten mutmaßlichen Sicherheitschef einer russischen Gruppierung organisierter Kriminalität aus der Untersuchungshaft bei einer Augenarztpraxis in der Schwäbisch Haller Fußgängerzone vorzuführen. Der Einsatz wurde von zwei Journalisten, darunter einem Fotoreporter, bemerkt. Nachdem dieser sich anschickte, Bilder von den Dienstfahrzeugen und den eingesetzten Beamten anzufertigen, forderte der Einsatzleiter ihn auf, das Fotografieren zu unterlassen. Der Journalist unterließ es daraufhin, Bilder anzufertigen. Die Polizei rechtfertigte das Verbot unter anderem damit: Die eingesetzten Beamten des Spezialeinsatzkommandos hätten durch die Veröffentlichung der angefertigten Fotografien in der Zeitung der Klägerin enttarnt werden können. Dadurch hätte ihre künftige

Einsetzbarkeit im Spezialeinsatzkommando beeinträchtigt und sie selbst hätten persönlich durch Racheakte gefährdet werden können. Das Verwaltungsgericht Stuttgart wies die Klage des Zeitungsverlags ab, für den die Journalisten tätig sind. Auf die Berufung des Verlags stellte der Verwaltungsgerichtshof Mannheim fest, dass das Vorgehen des Einsatzleiters rechtswidrig war. Der Verwaltungsgerichtshof hat dabei unter anderem angenommen: Die Gefahr einer unzulässigen Veröffentlichung der angefertigten Fotografien habe nicht bestanden, weil mangels gegenteiliger konkreter Anhaltspunkte von einer Vermutung rechtstreuen Verhaltens der Presse und damit davon auszugehen sei, dass sie keine Porträtaufnahmen der eingesetzten Beamten und im Übrigen nur Fotografien veröffentlichen werde, auf denen die Beamten insbesondere durch Verpixierung ihrer Gesichter unkenntlich gemacht seien.

Das Bundesverwaltungsgericht hat die Revision des beklagten Landes zurückgewiesen. Die Polizei durfte nicht schon das Anfertigen der Fotografien untersagen. Der Einsatz von Polizeibeamten, namentlich ein Einsatz von Kräften des Spezialeinsatzkommandos, stellt im Sin-

ne der einschlägigen Bestimmung des Kunsturhebergesetzes ein zeitgeschichtliches Ereignis dar, von dem Bilder auch ohne Einwilligung der abgelichteten Personen veröffentlicht werden dürfen. Ein berechtigtes Interesse der eingesetzten Beamten kann dem entgegenstehen, wenn die Bilder ohne den erforderlichen Schutz gegen eine Enttarnung der Beamten veröffentlicht werden. Zur Abwendung dieser Gefahr bedarf es aber regelmäßig keines Verbots der Anfertigung von Fotografien, wenn zwischen der Anfertigung der Fotografien und ihrer Veröffentlichung hinreichend Zeit besteht, den Standpunkt der Polizei auf andere, die Pressefreiheit stärker wahrende Weise durchzusetzen. Eine solche Lage war hier nach den Feststellungen des Verwaltungsgerichtshofs gegeben.

BVerwG 6 C 12.11 – Urteil vom 28. März 2012

Vorinstanzen:
VGH Mannheim, 1 S 2266/09
– Urteil vom 19. August 2010
VG Stuttgart, 1 K 5415/07
– Urteil vom 18. Dezember 2008



Einladung!

Schleswig-Flensburg

Herzliche Einladung an alle GdP-Senioren Schleswig-Flensburg zu **Klön-schnack bei Kaffee und Kuchen** am **Donnerstag, 18. Oktober 2012, 16.00 Uhr**, „Delfter Stuben“, Fördestraße 57, Flensburg, Tel.: 0461-311464. Anmeldungen bitte an Günter Krappitz, Tel. 0461-36366, Telefax: 0461-310936 oder eMail: christ1@foni.net.

Segeberg-Pinneberg

After-Work-Party unter dem Motto **„Wer viel arbeitet, soll auch mal feiern“** am **Donnerstag, 23. August 2012, 17.00 Uhr**, im Schützenverein Kaltenkirchen von 1969 e. V., Im Grunde 3, 24568 Kaltenkirchen. Die Beschäftigten der PD Bad Segeberg haben einen arbeitsreichen Sommer zu verzeichnen. Dafür hat der Vorstand beschlossen, einen auszu-

geben: Ein Fass Bier und Essen vom Grill. Nichtmitglieder sind willkommen. Sie werden zum Selbstkostenpreis versorgt. Anmeldungen bitte bei den Kollegen Walter Persson, 04106-6300116, und Reimer Kahlke, 04551-884.2004.

Mitgliederversammlung am **Donnerstag, 6. September 2012**, Freiwillige Feuerwehr Quickborn, Marktstraße 9, 25421 Quickborn. Ab 13.00 Uhr gemeinsames Essen, 14.00 Uhr interne Mitgliederversammlung, 15.30 Uhr Steh-Kaffee, ab 16.00 Uhr öffentliche Mitgliederversammlung. Thema: **„Hohe Belastung bei der Polizei Schleswig-Holstein. Was nun, Herr Minister?“** Gäste: Innenminister Andreas Breitner, Behördenleiter LPD Heinz Parchmann, Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstandes.

zur Beförderung

zum Polizeiobererrat

Guido Kremer, RG Kiel-Plön

zum Polizeioberkommissar

Peter Beer, RG Schleswig-Holstein Mitte

zum 25-jährigen Dienstjubiläum

Marcus Funck, Jürgen Klages, Marco Witt, RG Lauenburg-Stormarn; Torsten Baar, Christa Behrens, Frank Behrens, Jens Guttau, Thorsten Krüger, Peter Kunz, Dirk Langbehn, Andreas Reimer, Jörn Richter, Axel Sager, Marco Scheunemann, Silke Ziemann, RG Lübeck-Ostholstein; Susanne Findersen, Kirsten Pautzke, Karen Zink, RG Schleswig-Flensburg

zur Diamantenen Hochzeit

Herbert Greve und Ehefrau, RG Schleswig-Flensburg

zur Goldenen Hochzeit

Uwe Kolbe und Ehefrau, RG Steinburg-Dithmarschen

zur Vermählung

Jessica Nagel geb. Treder, RG AFB und Ehemann Daniel Nagel, RG Segeberg-Pinneberg; Lothar Glöckner und Ehefrau, RG Nordfriesland; Hauke Messer und Ehefrau, RG Schleswig-Flensburg; Sven Petersen und Ehefrau, RG Justizvollzug

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.

PERSONALIEN

Wechsler

Personalie 1: Sylvio Arnoldi, ehemaliger Stellvertretender GdP-Landesvorsitzender und Vorsitzender des Hauptpersonalrates, wird als Innenministerium verlassen. Arnoldi, der seit der Amtsübernahme Schlies vor zweieinhalb Jahren als Persönlicher Referent an der Seite des ausgeschiedenen Innenministers stand, folgt dem CDU-Politiker ins Landeshaus und wird künftig als Persönlicher Referent dem Landtagspräsidenten zur Seite stehen.



Zufrieden: Sylvio Arnoldi freut sich auf eine weitere Zusammenarbeit mit Klaus Schlie.

Personalie 2: Acht Jahre als erfolgreicher Chef der 1. Einsatzhundertschaft in der PD AFB sind genug: Ulf Witt wird ab 1. Oktober den Posten des Stellvertretenden Leiters der Polizeidirektion Lübeck übernehmen. Damit wird Witt Nachfolger von Holger Dabelstein, der mit Ablauf September in den Ruhestand gehen wird. Im Range eines Polizeioberrates hatte Witt (56) im August 2004 die Füh-



Genug: Nach acht Jahren verlässt Ulf Witt die 1. Einsatzhundertschaft und wird Stellvertretender Leiter der PD Lübeck.

rung der bundesweit „begehrten“ Einsatzhundertschaft mit 216 Beamtinnen und Beamten übernommen und war damit der erste Beamte des höheren Dienstes, der mit der Leitung beauftragt wurde. Als Polizeidirektor wird Witt nun nach Lübeck gehen und damit unmittelbarer Stellvertreter von Heiko Hüttmann. „Es war die Chance, im Beruf noch einmal etwas anderes zu machen, eine neue Herausforderung“, begründete Witt im Ostholsteiner Anzeiger seinen Wechsel in die Hansestadt. Um einen nahtlosen Übergang zu gewährleisten, ist der Leitungsposten der 1. Einsatzhundertschaft bereits landesweit ausgeschrieben. **Text/Fotos(2): Gründemann**





NEW YORK

The City that never sleeps...

5-tägige Städtereise inkl. Flug ab/bis Hamburg / PSW-Termin 10. - 14.12.2012

New York, New York! „If you can make it there, you make it everywhere!“ Den berühmten Song Frank Sinatras kennt jeder.

Ihr Hotel: Holiday Inn Hasbrouck Heights (3-***-Hotel) Lage: in Hasbrouck Heights, New Jersey. 2009 renoviert, sehr freundlich und beliebt, Restaurant, Bar / Zimmer: 245, 6 Etagen. Standard: ca. 26 qm, Bad oder Dusche/WC, Föhn, TV, Telefon, Internetzugang, Klimaanlage etc.

www.holidayinn.com

Unsere Leistungen

- Linienflug mit Lufthansa in der Economy Class ab Hamburg über Düsseldorf nach Newark und zurück
- * interessante Ausflugs-Angebote (fakultativ)
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (Stand: 4/2012)
- ÖPNV-Coupon (An- und Abreise zum Flughafen innerhalb der Verkehrsverbünde)
- 3 Nächte im gebuchten Hotel
- Informationsmaterial, Reiseführer

Unterbringung in Doppelzimmer p. P. ab
€ 880,-

Preise pro Person:

Doppelzimmer pro Person	880,- Euro
Einzelzimmerzuschlag	200,- Euro
fakultative Ausflüge	ab 45,- Euro

Fotos: Dertour

Hinweis: Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl: 20 Personen / Änderungen möglich / Veranstalter: Dertour

* Ausflugs-Angebote (fakultativ)

Anmeldeschluss:
21. September 2012

Silvesterfeier*

Unterbringung in Doppelzimmer p. P. ab
€ 559,-

ISTANBUL

Silvester mit PSW-Reisen in Istanbul, PSW-Termin: 29.12.12 – 02.01.2013



Genießen Sie ein paar Tage in der einzigen Stadt auf zwei Kontinenten. Nirgendwo gibt es eine bessere Möglichkeit, günstig und vielfältig einzukaufen und soviel Kultur hautnah zu erleben! Entdecken Sie die Faszination der Metropole am Bosphorus.

Hotel Zürich Istanbul ★★★★★

Ihr Hotel liegt im Herzen der antiken Stadt. Die 126 modern eingerichteten Doppelzimmer verfügen über Bad oder Dusche/WC, Föhn, Klimaanlage (individuell regulierbar), Telefon, Minibar (gegen Gebühr) und Sat-TV.

Leistungen die überzeugen:

- ★ Zug zum Flug (2. Klasse)
- ★ Turkish Airlines-Flüge von Hamburg nach Istanbul und zurück
- ★ Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren, aktueller Kerosinzuschlag (Stand 03/12)
- ★ Transfers und Ausflüge/Besichtigungen in bequemen Reisebussen
- ★ Bootsfahrt auf dem Bosphorus

- ★ 4 Hotelübernachtungen (inkl. 4x Frühstück) in Zimmern mit Bad oder Dusche / WC
- ★ Umfangreiches Besichtigungsprogramm inkl. Eintrittsgelder
- ★ örtliche Gebeco-Reiseleitung

Preise pro Person in EUR

im Doppelzimmer	559,- Euro
Einzelzimmerzuschlag	185,- Euro

Hinweis: Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten. Es gelten die Allgemeinen Reisebedingungen (unter www.gebeco.de) und Hinweise. Mindestteilnehmer: min. 30 / max. 44 Personen.

* Eine Silvesterfeier wird zeitgerecht fakultativ angeboten, wir informieren Sie gerne.



OSTERN 2013

GOLF VON SORRENT

5-tägige Erlebnisreise in Italien, mit Lufthansa ab/bis Hamburg oder Hannover

Sorrent und Amalfi in Italien – eine Symbiose aus Lebensgefühl, Kultur und einzigartigen Landschaften. Bereits Goethe war von der Schönheit der Region am Fuße des Vesuvs hingerissen. Zu Ostern erwarten Sie Prozessionen im historischen Stadtzentrum von Sorrent und zahlreiche Osterfeierlichkeiten.

Ihr Hotel: Hotel Parco del Sole ★★★★★ o. ä. in Sorrent ist im klassischmediterranen Stil gestaltet und liegt am Stadtrand von Sorrent. Die 150 Zimmer sind komfortabel, im sorrentinischen Stil eingerichtet und verfügen über Bad oder Dusche/WC, Föhn, Telefon, Klimaanlage, Sat-TV und Safe. Transferservice ins Zentrum.

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug mit Lufthansa von HAM / HAJ via München o. Frankfurt nach Neapel und zurück
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (Stand: 6/2012)
- ÖPNV-Coupon (An- und Abreise zum Flughafen innerhalb der Verkehrsverbünde)
- Transfers im Zielgebiet
- 4 Nächte in der gebuchten Hotelkategorie
- 4 x Halbpension
- örtliche, deutschsprachige Reiseleitung
- Informationsmaterial, Reiseführer
- interessantes Ausflugspaket (fakultativ) u.a. nach Neapel, Pompeji und zur Amalfiküste

Unterbringung in Doppelzimmer p. P. ab
€ 599,-

Preise pro Person in EUR

Zimmerbelegung mit 2 Pers.	599,-
Einzelzimmerzuschlag	200,-
* Ausflugspaket (fakultativ)	125,-
Reisetermine 28.3.; 30.3.; 1.4.2013	

Hinweis: Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl: Grundprogramm und Ausflugspaket jeweils 25 Personen / Änderungen möglich

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

www.psw-tours.de

Irrtum und Zwischenverkauf vorbehalten. Es gelten die Bedingungen der Reiseveranstalter



Und was sonst noch so war ...

11. Juni

14.00 Uhr – Antrittsbesuch bei den Landeshaus-Neulingen: Die Piraten. Sie machen der geforderten Transparenz alle Ehre: Bevor wir – eine DGB-Delegation unter Führung von Uwe Polkaehn – in die Sachthemen einsteigen, kommt die Frage, ob dieses Gespräch via Kamera in die Öffentlichkeit übertragen werden kann. Für uns ungewohnt, aber nicht unmöglich. Eine ungezwungene Atmosphäre, in der auch Vertrauliches besprochen werden kann, kommt allerdings so nicht zustande. Wir besprechen mit den Abgeordneten Dr. Patrick Breyer, Wolfgang Dudda und Uli König Fragen des betrieblichen Gesundheitswesens, der Zwangskennzeichnung bei Polizeibeamten und der Entschädigungen für Dienst zu ungünstigen Zeiten. Mit dem Abgeordneten Wolfgang Dudda vereinbaren wir zum letzten Punkt noch eine gesonderte Erörterung.

12. Juni

Nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes (2. Senat – BverwG 2C 54.09) ist der Begriff der Verpflegung im Sinne des Reisekostenrechtes endlich geklärt: Zu einem unentgeltlichen Mittagessen gehört auch ein Getränk.

Na denn, Prost!

13. Juni

Torsten Albig, neuer Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, hält heute im Landtag seine Regierungserklärung. Zum Bereich „Sicherheit in Schleswig-Holstein“ führt er unter anderem aus „Für die soziale Sicherheit bedarf es auch eines starken Staates. Das Gleiche gilt für die Innere Sicherheit. Danken möchte ich den Polizistinnen und Polizisten und der Justiz des Landes. Sie sorgen für ein sicheres Schleswig-Holstein. Ihre Schlagkraft haben Polizei und Justiz eindruckvoll mit der Razzia gegen Rocker-Kriminalität bewiesen. Die Landesregierung unterstützt das ausdrücklich. Wir sind für Null-Toleranz. Wir werden deshalb entschlossen jede Form der Kriminalität bekämpfen. Dazu brauchen wir eine gut ausgestattete und motivierte Polizei. Wir werden deshalb die Kräfte in der Polizei bündeln, um die operative Arbeit, also den Streifen- und Ermittlungsdienst und die Prävention, weiter zu stärken.“

14. Juni

Die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPOL) führt eine jährliche Statistik über tödliche Dienstunfälle der Polizei. Die im Juni bekannt gewordene Statistik für 2011 sieht bundesweit elf getötete Beamtinnen und Beamte vor, die durch Rechtsbrecher oder in sonstiger Ausübung ihres Berufes oder einer im Dienst zugezogenen Krankheit verstorben sind. Für Schleswig-Holstein sind (Gott sei Dank) keine Fälle zu verzeichnen.

Von 1945 bis 2011 sind insgesamt 2 045 gestorbene Kolleginnen und Kollegen zu beklagen. Auf Schleswig-Holstein entfallen 93 Todesfälle.

17. Juni

Der DGB Rheinland-Pfalz fordert einen „Runden Tisch“ zur Situation der Polizei. Nach Schließungen von Dienststellen der rot-grünen Landesregierung, Reduzierung von Polizeifahrzeugen und Verdichtung der Arbeit, die als „Optimierung der Polizeiorganisation“ bezeichnet würden, sei die Stimmung in den Reihen der Polizei auf dem Nullpunkt. Verbunden damit sei die Deckelung der Gehaltserhöhung auf 1% pro Jahr, die Halbierung der Beförderungen sowie Einschnitte bei Sozialleistungen. Die Polizeibeschäftigten vermissen die Wertschätzung und Anerkennung ihrer Arbeit.

19. Juni

Klaus Schlie, neuer Landtagspräsident, bedankt sich bei der GdP für die Glückwünsche zu seinem neuen Amt. Unter anderem schreibt er: „Die überaus enge Verbundenheit mit der Landespoli-

zei und die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft der Polizei werden auch in meinem neuen Amt fortgesetzt – darauf können Sie vertrauen. Ich würde mich freuen, könnten wir bald zu einem Gespräch zusammenkommen.“

20. Juni

Das heutige Schreiben geht an eines unserer Mitglieder. Der Kollege (gehobener Dienst) ist seit zwei Jahren im Ruhestand und hatte zunächst falsche Versorgungsbescheide des Finanzverwaltungsamtes erhalten. Hintergrund war die Berechnung der Polizeizulage für die Pension. Als Angehöriger des gehobenen Dienstes stand ihm keine Versorgung wegen der ausgelaufenen Übergangszeit mehr zu. Darüber gestolpert waren wir in Gesprächen mit unserem früheren „Beamtenrechtspapst“ Hans Adams beim GdP-Bundesvorstand. Es stand zur Frage, ob die unterschiedliche Verfahrensweise bei mittlerem und gehobenem Dienst mit EU-Recht übereinstimmt. Auf dieser Grundlage hatten wir dem Kollegen Rechtsschutz gewährt. Jetzt wissen wir, dass wir „zweiter Sieger“ sind. Das Oberverwaltungsgericht hatte den Antrag auf Zulassung der Berufung abgewiesen. Schade, aber den Versuch war es wert.

1. Juli

Neue Adresse: Die GdP-Vertragsanwältin Uta Scheel ist umgezogen. Sie hat folgende Erreichbarkeit: Schoolredder 7 c, 24220 Flintbek, Telefon: 04 31-7 09 89 99, Telefax: 04 31-7 09 89 98, E-Mail: info@uta-scheel.de, www.uta-scheel.de

SONDERURLAUB

Auch für Dienstjubiläum

KIEL – Im Mai 2011 fiel die Rechtsgrundlage für die Zahlung einer Jubiläumsumzuwendung. Stattdessen wurde durch die damalige Staatskanzlei ein umfangreicher Erlass zur Aushändigung einer Urkunde entwickelt. Was viele jedoch nicht wissen: Es besteht Anrecht auf Sonderurlaub.

In einer Landesverordnung zum Sonderurlaub (SUVO) ist in § 13 im ersten Absatz Ziff. 5 festgelegt, dass aus folgendem persönlichen Anlass ein Arbeitstag Sonderurlaub zu bewilligen ist: 25-, 40- oder 50-jähriges Dienstjubiläum.

Die Beantragung läuft nach den gleichen Prinzipien wie andere Arten von Urlaub: Antrag an das LPA Abt. 3.

